COMMUNE DE
Strassen

Séance du conseil communal du 03.04.2025

03
25

strassen.lu

EIS GEMENG

De Gemengebuet vu Stroossen

03
25

Séance du conseil communal du 03.04.2025

DE

Gemeinderatssitzung vom 03. April 2025 P04

FR

Séance du conseil communal du 03 avril 2025 P12

EN

Municipal Council meeting of 03 April 2025 P19

COMMUNE DE Strassen

1, Place Grande-Duchesse Charlotte
B.P. 22, L-8001 Strassen
+352 31 02 62 - 1
reception@strassen.lu
www.strassen.lu
Commune de Strassen
Strassen_Stroossen
CityApp : Strassen

IMPRESSUM

Layout et rédaction du compte rendu :
brain&more

Photos :
101 Studios
Commune de Strassen

Klima-Bündnis Lëtzebuerg
PacteClimat

LES MEMBRES DU **CONSEIL COMMUNAL**

PUNDEL Nico
Bourgmestre - CSV

WELTER-GAUL Betty
Échevine - LSAP

AREND Anne
Échevine - CSV

BESTGEN-MARTIN Maryse
Échevine - déi Gréng

BRAUN Laurent
Conseiller - CSV

GIERENZ Tun
Conseiller - CSV

BUTLER Andrew
Conseiller - CSV

ROOB Jean Claude
Conseiller – LSAP

KLENSCH Paul
Conseiller - LSAP

LINDEN Anne-Marie
Conseillère - déi Gréng

FISCHER Marc
Conseiller - DP

DIESCHBURG-NICKELS Martine
Conseillère - DP

THEIN Daniel
Conseiller - DP

KANDEL Nicolas
Conseiller - DP

JØRGENSEN Lise
Conseillère - DP

Sitzung des Gemeinderats vom 03. April 2025

DE

TAGESORDNUNG

1. **Genehmigung des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 06.03.2025.**
2. **Genehmigung des Kostenvoranschlags für die Rue des Carrefours.**
3. **Genehmigung des Kostenvoranschlags für die Renovierung des Chalets „Fräiheetsbam".**
4. **Bestätigung zeitlich befristeter Verkehrsreglements.**
5. **Genehmigung von Grabkonzessionen.**
6. **Ausarbeitung einer Vorabstellungnahme zum Lärmaktionsplan.**
7. **Genehmigung mehrerer Verträge für Gemeinschaftsgärten.**
8. **Genehmigung der AKTIV PLUS-Vereinbarung für das Jahr 2025.**
9. **Beschluss bezüglich einer punktuellen Änderung des Haushalts des Sozialamtes.**
10. **Urbanismus :**
    a) **Beschluss bezüglich zweier Anträge auf Parzellierung**
11. **Vorlage der Ergebnisse der Klimapakt-Evaluierung.**
12. **Verschiedenes.**
13. **Personalangelegenheiten :**
    a) **Schaffung einer Stelle für einen Angestellten mit manuellen Aufgaben in der Laufbahn H1**
    b) **Beschluss bezüglich eines Antrags auf Versetzung in den Ruhestand (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)**
14. **Beschluss bezüglich eines Landerwerbs (unter Ausschluss der Öffentlichkeit).**

ANWESEND

Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP); Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), Schöffinnen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Tun Gierenz (CSV); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi Gréng); Lise Jørgensen (DP); Nicolas Kandel (DP); Daniel Thein (DP), Mitglieder des Gemeinderats. Sekretär: Christian Muller.

ABWESEND (ENTSCHULDIGT)

Nicolas Pundel (CSV); Marc Fischer (DP); Jean Claude Roob (LSAP), Mitglieder des Gemeinderates.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) übernimmt in Abwesenheit von Bürgermeister Nico Pundel (CSV) den Vorsitz der Sitzung. Dies ist die erste Sitzung, bei der eine Audioaufnahme gemacht wird.

Sie vermerkt die Abwesenheit des Gemeinderatsmitglieds Jean Claude Roob (LSAP) sowie des Gemeinderatsmitglieds Marc Fischer (DP), welcher dem Gemeinderatsmitglied Daniel Thein (DP) seine Stimme überträgt.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) teilt den Mitgliedern des Gemeinderats mit, dass es künftig unbedingt notwendig ist, das Mikrofon zu benutzen, damit die Wortmeldungen für die Aufzeichnung gut zu verstehen sind. Diese Sitzung diene als Testlauf, um die Qualität der Vorrichtung zu beurteilen.

1. **Genehmigung des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 06.03.2025.**

Das Protokoll der Sitzung vom 6. März 2025 wird einstimmig genehmigt und unterzeichnet.

2. **Genehmigung des Kostenvoranschlags für die Rue des Carrefours.**

Rui Teixera, der Gemeindeingenieur, geht ausführlich auf das Projekt zur Neugestaltung der Rue des Carrefours ein, mit besonderem Augenmerk auf die Kreuzungen mit der Rue des Romains und der Rue du Kiem. Dieses Projekt dient der Verkehrsberuhigung, weswegen eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h auf einem Streckenabschnitt eingeführt wird.

Um die Einhaltung des Tempolimits zu gewährleisten, sollen zwei Kreuzungen um 10 cm erhöht werden. Dadurch werden Autofahrer zum Abbremsen gezwungen, ohne dass der Radverkehr behindert wird.

Mittels einer Ampelsteuerung bleiben die Straßen während der Bauarbeiten befahrbar, die Bürgersteige werden entsprechend angepasst. Die aktuell vorhandenen Parkplätze bleiben erhalten. Das gesamte Projekt wurde von einem Planungsbüro geprüft und validiert, insbesondere was die Befahrbarkeit durch Schwerlastfahrzeuge einer auf 6 Meter verengten Fahrbahn angeht.

Anschließend kommt es zu einer Diskussion über die möglichen Nebeneffekte, die mit dieser Umgestaltung verbunden sind. Gemeinderatsmitglied Lise Jørgensen (DP) bittet um ausführlichere Angaben dazu, wo genau die Parkzonen vorgesehen sind.

Gemeinderatsmitglied Daniel Thein (DP) äußert Bedenken hinsichtlich der Zufahrt zur Cité Piesch durch die Rue du Plébiscite. Er befürchtet, dass es zu Behinderungen des Verkehrsflusses kommen könnte, wenn ein Fahrzeug anhält, um hinauszufahren, und dadurch ein anders Fahrzeug daran hindert, hineinzufahren. Dadurch könnte es zu Rückstaus bis zur Hauptstraße kommen.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) räumt ein, dass dieses Risiko besteht, und verweist auf ähnliche Probleme im Reckenthal. Rui Teixeira versichert, dass er dieses Konzept noch einmal überdenken wird.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) schlägt vor, die Fußgängerüberwege in etwas größerem Abstand zu den Kreuzungen anzuordnen, um so mehr Sicherheit für schutzbedürftige Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten. Rui Teixeira erklärt, dass eine solche Änderung möglich sei, indem die Verkehrsinseln versetzt würden, um zu verhindern, dass Autofahrer mitten auf der Kreuzung zum Halten kommen.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) warnt, dass die Autofahrer eine schlechtere Sicht haben könnten, wenn die Fußgängerüberwege zu weit versetzt werden. Es sei wichtig, sowohl für Sicherheit zu sorgen als auch eine eindeutige Beschilderung zu gewährleisten.

Gemeinderatsmitglied Anne-Marie Linden (déi Gréng) schlägt vor, in bestimmten Bereichen durchgehende Gehwege vorzusehen, beispielsweise in der Rue du Plébiscite, wo Fahrzeuge dann beim Überqueren des Gehwegs keine Vorfahrt mehr hätten. Rui Teixeira äußert sich diesem Vorschlag gegenüber zurückhaltend. Er weist darauf hin, dass derartige Maßnahmen, insbesondere aufgrund regulatorischer Aspekte, noch eingehender geprüft werden müssten.

Gemeinderatsmitglied Daniel Thein (DP) schlägt vor, einen Geschwindigkeitsanzeiger aufzustellen, da dieser seiner Meinung nach einen geringeren Eingriff in das Straßenbild darstelle und gleichzeitig zu einer Änderung des Fahrverhaltens beitragen würde. Diese Option wurde im Rahmen des vorliegenden Projekts noch nicht ins Auge gefasst, doch bei der Aussprache wird deutlich, dass es hierzu unterschiedliche Standpunkte gibt: Einige, wie Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP), lehnen es strikt ab, zusätzliche Blitzer aufzustellen, da sie diese für wenig wirksam und bestrafend halten. Sie bevorzugen dauerhafte bauliche Maßnahmen wie Tempo-30-Zonen oder Begegnungszonen. Andere, wie Schöffin Anne Arend (CSV), bekräftigen, dass es weiterhin vorrangig darum gehe, eine einheitliche und gesicherte Tempo-30-Zone einzuführen.

Gemeinderatsmitglied Laurent Braun (CSV) erkundigt sich, ob es während der Bauarbeiten zu einer vollständigen Sperrung der Straße kommen wird. Rui Teixeira erklärt, dass man Verkehrsampeln aufstellen werde damit die Durchfahrt weiterhin möglich bleibt.

Gemeinderatsmitglied Anne-Marie Linden (déi Gréng) kommt noch einmal auf die Situation in der Rue de Reckenthal zurück und erkundigt sich, ob dort eine ähnliche Lösung in Erwägung gezogen werden könnte.

Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) bestätigt, dass dies in Betracht gezogen wurde, betont jedoch, dass die Gegebenheiten, insbesondere aufgrund der geringen Bebauungsdichte, anders sind.

Gemeinderatsmitglied Nicolas Kandel (DP) ist der Ansicht, dass der Bedarf an Anpassungen vielleicht nicht ganz so groß sei, da es in dieser Zone wenig Unfälle gebe. Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) hingegen weist auf die häufigen Geschwindigkeitsüberschreitungen insbesondere kurz vor der Ampel am Ortseingang hin.

Was die Finanzierung des Projekts angeht, so werden die Kosten auf 1.300.000 € geschätzt, die vollständig von der Gemeinde getragen werden. Schöffin Anne Arend (CSV) betont, dass in diesem Haushalt eine Sicherheitsmarge eingeplant wurde und man davon ausgeht, dass die tatsächlich anfallenden Kosten unter dieser Schätzung liegen werden. Eingehend auf eine Anregung des Gemeinderatsmitglieds Paul Klensch (LSAP) wurde die Idee einer „Speed-Marathon"-Kampagne in Zusammenarbeit mit der Polizei zur Sprache gebracht. Diese soll dazu beitragen, ein besseres Verständnis für das derzeitige Verhalten der Verkehrsteilnehmer zu gewinnen. Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) weist darauf hin, dass es in dieser Zone regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen gibt und alle Verstöße den zuständigen Behörden gemeldet werden.

Der Kostenvoranschlag und die dazugehörigen Pläne werden einstimmig angenommen. Es wird darauf hingewiesen, dass, falls es zu einer wesentlichen Änderung des Projekts kommen sollte, dieses dem Gemeinderat erneut vorgelegt werden muss.

3. Genehmigung des Kostenvoranschlags für die Renovierung des Chalets „Fräiheetsbam".

Der Gemeindeingenieur Rui Teixeira stellt das Projekt für die Renovierung des Chalets am „Fräiheetsbam" vor. Er erklärt, dass es bei den Arbeiten, die mit der Instandsetzung des Daches bereits teilweise begonnen haben, darum geht, das Gebäude innen und außen komplett zu sanieren. Gleichzeitig soll es funktionaler, energieeffizienter und dem rustikalen Stil des Ortes entsprechend gestaltet werden. Die Bedachung wurde durch haltbare Schieferplatten ersetzt, um ein Eindringen von Feuchtigkeit zu vermeiden und die Arbeiten sollten in Kürze abgeschlossen sein. Die Kosten hierfür liegen bei 72.700 € einschließlich Mehrwertsteuer.

Der Gesamtkostenvoranschlag beläuft sich auf 254.200 € einschließlich Mehrwertsteuer und umfasst unter anderem: die Innendämmung der Außenwände mit Holzwolle, einen neuen Massivholzboden, eine Innenverkleidung aus unbesäumtem Douglasienholz, eine vollständige Modernisierung der elektrischen Anlagen, eine neue Beleuchtung, Verbesserungen im Sanitärbereich, eine maßgefertigte Holztheke mit Ablageflächen, den Einbau einer Beschallungsanlage, einen Bullerjan-Holzofen zum Heizen sowie den Einbau von zehn neuen doppelt verglasten Holzfenstern mit passenden Fensterläden. Im Kostenvorschlag enthalten ist ebenfalls eine Rückstellung für unvorhergesehene Mehrkosten aufgrund von Materialpreissteigerungen.

Gemeinderatsmitglied Daniel Thein (DP) fragt, ob die Anliegen der örtlichen Vereine bei der Ausarbeitung des Projekts mit in Betracht gezogen worden seien. Schöffin Anne Arend (CSV) erwidert, dass bislang nur das Dach aufgrund der Dringlichkeit erneuert worden sei und dass die Gespräche mit den Vereinen zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden würden. Auf eine weitere Frage von Gemeinderatsmitglied Daniel Thein (DP) hin präzisiert Schöffin Anne Arend (CSV), dass das Chalet gegen eine Kaution auch für externe Veranstaltungen an Dritte vermietet werden kann.

Gemeinderatsmitglied Nicolas Kandel (DP) weist darauf hin, dass das Chalet in den letzten Jahren weniger genutzt wurde, aber weiterhin großes Potenzial für lokale Veranstaltungen hat.

Es kommt zu einer Diskussion über die Außengestaltung. Die Außenverkleidung ist im vorliegenden Projekt nicht enthalten, könnte jedoch, je nachdem, in welchen Zustand sie sich befindet, mit berücksichtigt werden. Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt, dass die vorgesehenen zehn Fenster ersetzt werden und dass weitere Maßnahmen, sollten sie erforderlich werden, zu einem späteren Zeitpunkt ins Auge gefasst werden können.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) merkt an, dass sich das Chalet in einem Natura-2000-Gebiet befindet, worauf besonderes Augenmerk gerichtet werden sollte. Er schlägt vor, einen überdachten Bereich in Form einer Terrasse oder zumindest eine Sonnenschutzvorrichtung wie z.B. ein Sonnensegel vorzusehen, insbesondere für Sommerfeste, bei denen häufig Zelte aufgestellt werden. Schöffin Welter-Gaul (LSAP) bestätigt, dass dies ein Wunsch mehrerer lokaler Vereinigungen ist, die das Gelände regelmäßig nutzen.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) weist auf das Fehlen von Toiletten für Menschen mit eingeschränkter Mobilität hin. Sie schlägt vor, ebenfalls ein ebenerdiges Sanitärmodul vorzusehen, welches den Vorgaben des kommunalen Inklusionsplans entspricht und auch einen Wickeltisch für Kleinkinder umfasst. Gemeindesekretär Christian Muller äußert Bedenken dahingehend, ob es sinnvoll sei, dieses Modul in das vorliegende Projekt einzubeziehen. Seiner Ansicht nach wäre es angebrachter, hierfür ein eigenständiges Projekt vorzusehen, für das auch spezifische Fördermittel beantragt werden könnten.

Gemeinderatsmitglied Lise Jørgensen (DP) weist auf die Möglichkeit hin, alte Materialien wiederzuverwenden, ganz im Sinne der Kreislaufwirtschaft. Rui Teixeira erklärt, dass nur wenige Elemente abgerissen werden und die meisten Materialien erhalten bleiben.

Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) betont, dass bei anderen Gemeindeprojekten dieses Prinzip bereits angewendet wird und dass, wenn die Möglichkeit besteht, heimisches Holz zu verwenden, dies in Zusammenarbeit mit der Forstverwaltung geschehen wird.

Der Gesamtkostenvoranschlag in Höhe von 254.200 € wird einstimmig gebilligt. Die Frage der barrierefreien Sanitäranlagen wird in einem ergänzenden Projekt geprüft, welches zu einem späteren Zeitpunkt in Abstimmung mit den Vereinen und unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse geplant wird.

4. Bestätigung zeitlich befristeter Verkehrsreglements.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) unterbreitet dem Gemeinderat 11 zeitlich befristete Verkehrsreglements zur rückwirkenden Genehmigung. Diese wurden vom Schöffenkollegium im Rahmen mehrerer laufender oder künftiger Baustellen auf dem Gemeindegebiet erlassen.

Die Verkehrsreglements werden einstimmig angenommen.

5. Genehmigung von Grabkonzessionen.

Schöffin Anne Arend (CSV) informiert den Gemeinderat darüber, dass gemäß der am 30. November 2022 verabschiedeten kommunalen Verordnung alle Grabkonzessionen nun formell vom Gemeinderat genehmigt werden müssen. Dieses Verfahren ist zwar im Wesentlichen pro forma, gilt aber rückwirkend für Konzessionen, die zwischen 2017 und 2024 erteilt wurden. Künftig werden die Konzessionen des Vorjahres jedes Jahr zur gleichen Zeit dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt.

Sie hebt die sorgfältige und sehr professionelle Arbeit der Person hervor, die in der Verwaltung für die Bearbeitung der Konzessionen zuständig ist. Diese informiert die betroffenen Familien systematisch, falls eine Konzession in Kürze ausläuft und platziert einen sichtbaren Hinweis auf die Gräber, für die es keine Antwort gegeben hat. Dieses System ist effizient und ermöglicht eine transparente und proaktive Verwaltung.

Derzeit verfügt die Gemeinde noch über eine ausreichende Anzahl an Grabstellen auf ihren verschiedenen Friedhöfen. Insbesondere auf dem Hauptfriedhof sind noch 60 Konzessionen verfügbar. Es wird auch angemerkt, dass sich immer mehr Bürger für den Waldfriedhof (Bëschkierfecht) entscheiden, was dazu beiträgt, dass die Kapazitäten auf den traditionellen Friedhöfen erhalten bleiben.

Die vorgelegten Grabkonzessionen werden einstimmig angenommen.

6. Ausarbeitung einer Vorabstellungnahme zum Lärmaktionsplan.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) eröffnet die Diskussion über den Entwurf einer Stellungnahme, die dem Umweltministerium bezüglich des nationalen Aktionsplans zur Lärmbekämpfung übermittelt werden soll. Sie verweist darauf, dass der Gemeinderat bereits ein erstes Mal konsultiert wurde, dass aber in der Zwischenzeit neue Elemente im Dokument hinzugekommen sind. Es handele sich um ein Dokument, das sich ständig weiterentwickle, ohne dass bisher konkrete Ergebnisse sichtbar seien. Sie zeigt sich skeptisch angesichts einer Dynamik, die trotz ständiger Verwaltungsarbeit zu stagnieren scheint.

Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) erklärt, dass die Gemeinde bereits 2006 eine Stellungnahme eingereicht habe und dass es sich hier um die fünfte Version dieses Plans handele. Trotz mehrfacher Besprechungen mit den Behörden sei bisher keine der seit langer Zeit geforderten Maßnahmen - wie ein Absenken der Geschwindigkeit auf 90 km/h auf der Autobahn A6, die Errichtung von Lärmschutzwänden oder die Überdachung des Abschnitts zwischen dem Cactus und der Rue du Kiem - berücksichtigt worden. Sie erwähnt insbesondere das Projekt zur Sanierung der Brücke über den Gaaschgronn, das nach Ansicht der Gemeinde kontraproduktiv ist, da es zu zusätzlichen Belästigungen führen wird. Trotzdem wird dieses seitens der Behörden weiterhin als "vorbildliches" Projekt angesehen.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) dankt dem Gemeindesekretär Christian Muller für die diesbezügliche Koordinierungsarbeit und äußert ihr Bedauern darüber, dass es, trotz zahlreicher Anmerkungen über die Jahre hinweg, keine Fortschritte gegeben habe. Sie betont, dass die Lage sich verschlimmert: die Lärmbelästigung zusammen mit der zunehmenden Luftverschmutzung haben dazu geführt, dass einige Einwohner in Erwägung ziehen, die Gemeinde zu verlassen. Sie fordert eine entschiedenere Reaktion um sich Gehör zu verschaffen. Sie macht sogar den Vorschlag, eine neue Petition einzureichen, damit das Thema wieder auf die politische Agenda gesetzt wird. Außerdem kritisiert sie die mangelnde Aufgeschlossenheit seitens des Ministeriums.

Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) ergänzt, dass die Gemeinde, obwohl eine formelle Anfrage eingereicht wurde, keinen Termin bei der Umweltministerin erhalten habe. Ihrer Meinung nach sind die wesentlichen Belastungen auf den Autoverkehr zurückzuführen. Und obwohl zahlreiche Studien durchgeführt wurden, werden immer wieder Maßnahmen ergriffen die ergebnislos bleiben. Sie erklärt, dass die Gemeinden erneut von Ingenieurbüros konsultiert worden seien, die wie jedes Mal wieder "bei null" angefangen.

Gemeinderatsmitglied Tun Gierenz (CSV) betont, dass die Verantwortung für Verkehrslärm in erster Linie beim Verkehrsministerium und nicht beim Umweltministerium liege. Er fordert ein gezielteres Vorgehen bei dem richtigen Ansprechpartner im Ministerium und hält es für unseriös, wenn es keinerlei Antwort auf Beschwerden gibt, die auf lokaler Ebene geäußert werden.

Der Gemeindesekretär Christian Muller erklärt, dass die Anfragen der Gemeinde bislang an das Mobilitätsministerium gerichtet worden seien, wo sie keinerlei Wirkung gezeigt hätten. Seiner Ansicht nach könnte dieser neue Kontakt mit dem Umweltministerium neue Wege eröffnen, insbesondere wenn die Möglichkeit erwogen wird, rechtliche Schritte mit Symbolkraft einzuleiten.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die aktualisierte Stellungnahme zusammen mit einem formellen Schreiben an das Ministerium zu übermitteln, in der Hoffnung, dass endlich ein fruchtbarerer Dialog in Gang kommen möge.

7. Genehmigung mehrerer Verträge für Gemeinschaftsgärten.

Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) informiert den Gemeinderat darüber, dass es sechs neue Verträge für die Zuteilung von Parzellen in den Gemeinschaftsgärten gibt, womit dann die neue Gartensaison eingeläutet werden kann. Einer der Verträge bezieht sich auf eine größere Parzelle, die anderen fünf auf Parzellen in Standardgröße. Sie erklärt, dass ein Teil des angrenzenden Gemeinschaftsgartens bereits angelegt wurde und dass sich bereits einige neue Gärtner gemeldet haben. Über die Verträge für die neuen Parzellen wird in einem der nächsten Gemeinderäte abgestimmt.

Diese sechs Verträge werden einstimmig angenommen.

8. Genehmigung der AKTIV PLUS-Vereinbarung für das Jahr 2025.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) erinnert daran, dass das Programm AKTIV PLUS, das früher unter der Bezeichnung Club Senior bekannt war, im März des Vorjahres seinen Namen geändert hat. Die jährliche

Vereinbarung mit dem Familienministerium, Sodexo Luxembourg S.A. und der Gemeinde Strassen wird für 2025 verlängert.

Das Betreuungsteam besteht aus Patricia Petruccioli, der Geschäftsleiterin, Carmen Reuland, einer Pädagogin (auch stellvertretende Geschäftsleiterin), und Danielle Gottal, der Sekretärin. Das Programmangebot des Vorjahres umfasst unter anderem Aktivitäten wie Spaziergänge, „Line Dance", Gruppengespräche, sanfte Gymnastik, Stricken, Gesellschaftsspiele, Boule sowie 21 „Mëttesdëscher" (gemeinsame Mahlzeiten) mit insgesamt 1.048 Teilnehmern. Es fanden auch 80 Geburtstagsfeiern statt.

Die Gruppe hatte eine Tombola und einen Stand auf dem Weihnachtsmarkt organisiert und dabei 1.700 € an Spenden gesammelt. Außerdem nahmen sie an der Initiative „Musek bréngt Liewen" teil, bei der es darum geht, Menschen, die vom kulturellen Leben ausgeschlossen sind, Musik nahezubringen. Es fanden zwei kulinarische Begegnungen mit Mitgliedern der ukrainischen Gemeinschaft statt. Des weiteren wurden Vorträge, Workshops, Reisen und eine Puzzle-Tauschbörse organisiert.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) betont, wie wichtig solche Initiativen sind, um der Vereinsamung älterer Menschen entgegenzuwirken, und begrüßt die anhaltenden Bemühungen der Gemeinde.

Die Vereinbarung wird einstimmig genehmigt.

9. Beschluss bezüglich einer punktuellen Änderung des Haushalts des Sozialamtes.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) informiert den Gemeinderat darüber, dass das Sozialamt der Gemeinde einen außerordentlichen Zuschuss in Höhe von 27.000 € zur Finanzierung des Projekts „D'Stuff" von der Œuvre Grande-Duchesse Charlotte erhalten hat. Um eine klare und transparente Verwaltung der Mittel zu gewährleisten, wurde eine punktuelle Änderung des Haushalts vorgenommen. Diese Änderung ermöglicht es, eine diesem Zuschuss gewidmete Einnahmelinie zu schaffen sowie eine speziell dem Projekt zugeordnete Ausgabenlinie.

Das Projekt „D'Stuff" ist ein Gemeinschaftsraum zur Unterstützung schutzbedürftiger Frauen, die in Strassen wohnen. Der Fokus liegt dabei auf Wohlbefinden und Solidarität. Es werden praktische Workshops angeboten wie Nähen oder Frisieren sowie professionell betreute Schulungen, die es den Teilnehmerinnen ermöglichen, sich weiterzubilden und einen Übergang in die Arbeitswelt vorzubereiten.

Der Beschluss wird einstimmig angenommen.

10. Urbanismus :

a) Beschluss bezüglich zweier Anträge auf Parzellierung

Der erste Antrag betrifft ein Grundstück in der Rue du Bois. Es handelt sich um einen langen Grünstreifen, der hinter den bestehenden Parzellen liegt. Dieses Grundstück, ein ehemaliger Obstgarten mit noch vorhandenen altem Baumbestand, soll in drei Abschnitte aufgeteilt werden. Nur einer dieser drei Abschnitte, der vorderste, soll bebaubar und für ein neues Haus mit einem langgestreckten Garten bestimmt sein. Die beiden anderen Abschnitte, die sich hinter bestehenden Häusern befinden, könnten den Anwohnern angeboten werden, um ihre jeweiligen Gärten zu vergrößern.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) weist darauf hin, dass es potenziell ein Interesse seitens der Anwohner geben könne, ihr Grundstück zu erweitern. Sie betont außerdem die Tatsache, dass es sich um ein begrüntes Gelände handelt. Schöffin Anne Arend (CSV) weist jedoch darauf hin, dass es sich um Privatgrundstücke ohne Grunddienstbarkeit für den Zugang zu den beiden unteren Parzellen handelt, wodurch jegliche Bebauung dieser Teilstücke ausgeschlossen ist. Es handele sich hierbei um ein Thema, über welches schon längere Zeit diskutiert wird und sie sei darauf angesprochen worden, ob es möglich wäre, einen Gemeinschaftsgarten anzulegen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Der zweite Antrag betrifft die Regularisierung eines Bürgersteigs in der Rue Mathias Saur, der offiziell in drei verschiedene Katasterparzellen aufgeteilt werden

muss. Dies ist notwendig, um eine spätere kostenlose Abtretung an die Gemeinde zu ermöglichen und eine Baugenehmigung zu erhalten. Der Antrag wird ebenfalls einstimmig angenommen.

11. Vorlage der Ergebnisse der Klimapakt-Evaluierung.

Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) stellt die Ergebnisse des Klimapakt-Audits vor: Für eine Zertifizierung waren mindestens 40 % erforderlich waren und die Gemeinde erzielte 52,8 %, was ihr auf Anhieb die Bronze-Zertifizierung einbringt. Diese geht mit einem Zuschuss von 22,50 € pro Einwohner einher, also insgesamt etwa 225.000 €. Dieser Betrag wird über einen Zeitraum von drei Jahren oder bis zum nächsten Audit gezahlt. Sie ergänzt, dass diese Ergebnisse bereits ausführlich im Gemeindeblatt vorgestellt wurden.

Gemeinderatsmitglied Daniel Thein (DP) weist jedoch auf Schwierigkeiten hin, was die Lesbarkeit und die Verständlichkeit des in der Zeitschrift veröffentlichten Diagramms angeht. Dies gilt insbesondere in Bezug die genaue Aussagekraft bestimmter Werte. Die Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) erwidert, dass diese Aspekte besser erklärt oder verdeutlicht werden können.

Gemeinderatsmitglied Daniel Thein (DP) betont ebenfalls wie wichtig es ist, die Einwohner auf dem Laufenden zu halten wenn es um die Ergebnisse des Klimapakts geht. Dies um zu deutlich zu machen, wie sich die Bemühungen der Gemeinde im Laufe der Zeit entwickeln.

12. Verschiedenes.

Schöffin Anne Arend (CSV) kündigt an, dass die Kinderkrippe „Am Pescher“ am 3. Mai ihr 10-jähriges Bestehen feiert. Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) teilt mit, dass die Wanderausstellung „Women in Sports“, die den Frauen im Sport gewidmet ist, vom 6. bis 19. Mai im Gemeindegebäude von Strassen zu sehen sein wird. Eine Vernissage ist für den 6. Mai geplant.

Gemeinderatsmitglied Laurent Braun (CSV) weist darauf hin, dass durch die Bauarbeiten an der Autobahnauffahrt auf der Route d'Arlon große Staus verursacht werden. Der Gemeindeingenieur Rui Teixeira erklärt, dass die Arbeiten Ende Mai - Anfang Juni abgeschlossen sein sollten.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) merkt an, dass die weißen Dächer der Pavillons im Park Riedgen sehr schmutzig seien und bittet darum, diese reinigen zu lassen. Sie weist auch darauf hin, dass der mehrjährige Finanzierungsplan bis Februar hätte fertiggestellt sein sollen.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) kommt auf die Zusammenarbeit mit der Firma Dussmann zurück, welche für Überwachungsdienste zuständig ist. Sie betont, dass diese Dienstleistung, auch wenn sie mit hohen Kosten verbunden ist, sich als nützlich erwiesen hat. Das Ende der Zusammenarbeit sei für diesen Monat geplant. Sie schlägt vor, den Kauf von Kameras aufzuschieben und eine punktuelle Verlängerung des nächtlichen Wachdienstes in Betracht zu ziehen.

Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) berichtet über die Initiative zur Auszeichnung der schönsten Gärten und Parks. Er zeigt sich erfreut über die positive Berichterstattung über den Park Riedgen in den Medien. Er spricht auch ein wiederholt auftretendes Problem auf der Route d'Arlon an: die wilden Müllablagerungen, insbesondere in der Nähe von Bushaltestellen und Geschäften. Er weist darauf hin, dass sich eine massive Menge an Zigarettenstummeln auf dem Boden ansammelt und fordert konkrete Maßnahmen, wie das Aufstellen von Aschenbechern und geeigneter Infrastruktur für Raucher.

Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) bestätigt, dass die Gemeinde dabei ist, einige Mülleimer zu ersetzen. Sie weist darauf hin, dass Sensibilisierungsmaßnahmen geplant sind, insbesondere über das Gemeindemagazin, um verantwortungsbewusstes Verhalten zu fördern.

Gemeinderatsmitglied Nicolas Kandel (DP) berichtet, dass es Probleme mit dem „Skatepark“ gibt: Die Musik sei dort manchmal zu laut und das Zusammentreffen von kleinen Kindern und Jugendlichen laufe nicht immer reibungslos. Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt,

dass betreute Kurse für Kinder ab 10 Jahren angeboten werden sollen und klare Regeln ausgehängt werden, wie dies bereits bei Outdoor Fitness der Fall ist.

Gemeinderatsmitglied Nicolas Kandel (DP) erwähnt auch einen Baum in der Nähe, dessen Zustand eine Gefahr darstellen könne; der Gemeindearchitekt wird beauftragt, die Situation zu begutachten.

Gemeinderatsmitglied Daniel Thein (DP) spricht ein weiteres Problem an: Die öffentlichen Toiletten nahe der Kirche sind abends geschlossen, ohne dass es einen Hinweis gibt, der die Nutzer darüber informiert. Er schlägt vor, eine klare Beschilderung mit Angabe der Öffnungszeiten hinzuzufügen. Er geht auch auf die Spannungen ein, die in der "Cité Schoenacht" zu beobachten sind, wo sich zwei Fußballtore in der Nähe des Hundeauslaufplatzes befinden. Er schlägt vor, eine Markierung anzubringen, damit die Bereiche besser voneinander abgegrenzt werden, um so Konflikte zwischen den Kindern, die Ball spielen und den Hundebesitzern zu vermeiden.

Der Gemeinderat verweist darauf, dass Hunde gemäß der Gemeindeordnung auf dem gesamten Gemeindegebiet an der Leine zu führen sind. Mehrere Gemeinderatsmitglieder stellen fest, dass diese Verordnung häufig ignoriert wird. Sie schlagen vor, mit Hilfe der elektronischen Anzeigetafeln, der sozialen Netzwerke, des Gemeindemagazins und der Broschüre mit bewährten Praktiken die Einhaltung dieser Verordnung intensiver anzumahnen. Obwohl bereits Schilder aufgestellt wurden, lassen einige Besitzer ihre Hunde weiterhin frei herumlaufen, was zunehmend zu angespannten Situationen an öffentlichen Plätzen führt.

13. Personalangelegenheiten :

a) Schaffung einer Stelle für einen Angestellten mit manuellen Aufgaben in der Laufbahn H1

Im Rahmen der Personalangelegenheiten beschließt der Gemeinderat, eine Stelle für einen Angestellten mit manuellen Aufgaben in der Laufbahn H1 zu schaffen. Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) erklärt, dass diese Stelle für eine über Person im Alter 50+ vorgesehen ist, wodurch die Gemeinde eine staatliche Subvention erhält. Die eingestellte Person würde das Team im „Haff A Schmatts“ verstärken, insbesondere um sich um die Projekte „Givebox“ und „Gutt Geschier“ zu kümmern. Obwohl der derzeit beschäftigte Mitarbeiter bereits einige Aufgaben halbtags übernimmt, ist die Arbeitsbelastung immer noch zu hoch, um mit den derzeitigen Ressourcen abgedeckt werden zu können.

Diese Schaffung einer Stelle wird einstimmig genehmigt.

b) Beschluss bezüglich eines Antrags auf Versetzung in den Ruhestand (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

In nicht-öffentlicher Sitzung besprechen die Gemeinderatsmitglieder einen Antrag auf Versetzung in den Ruhestand.

14. Beschluss bezüglich eines Landerwerbs (unter Ausschluss der Öffentlichkeit).

Ebenfalls in nicht-öffentlicher Sitzung entscheiden die Gemeinderatsmitglieder über den Erwerb eines Grundstücks.

Séance du conseil communal du 03 avril 2025

FR

ORDRE DU JOUR

1. **Approbation du procès-verbal de la séance du conseil du 06.03.2025.**
2. **Approbation du devis estimatif relatif à la rue des Carrefours.**
3. **Approbation du devis estimatif relatif à la rénovation du chalet « Fräiheetsbam ».**
4. **Confirmation de règlements temporaires sur la circulation.**
5. **Approbation des concessions funéraires.**
6. **Formulation d'un avis préalable au plan d'action de lutte contre le bruit.**
7. **Approbation de plusieurs contrats relatifs aux jardins communaux.**
8. **Approbation de la convention AKTIV PLUS pour l'année 2025.**
9. **Décision dans le cadre d'une modification budgétaire ponctuelle de l'Office Social.**
10. **Urbanisme :**
    a) **Décision portant sur deux demandes de lotissement**
11. **Présentation des résultats de l'évaluation du Pacte Climat.**
12. **Divers.**
13. **Affaires de personnel :**
    a) **Création d'un poste de salarié à tâche manuelle dans la carrière H1**
    b) **Décision portant sur une demande de départ à la retraite (huis clos)**
14. **Décision dans le cadre d'une acquisition de terrain. (huis clos)**

PRÉSENTS

Anne Arend (CSV), Betty Welter-Gaul (LSAP) ; Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), échevines. Laurent Braun (CSV) ; Andrew Butler (CSV) ; Martine Dieschburg-Nickels (DP) ; Tun Gierenz (CSV) ; Paul Klensch (LSAP) ; Anne-Marie Linden (déi Gréng) ; Lise Jørgensen (DP) ; Nicolas Kandel (DP) ; Daniel Thein (DP), membres du conseil communal. Secrétaire : Christian Muller.

ABSENTS (EXCUSÉS)

Nicolas Pundel (CSV) ; Marc Fischer (DP) ; Jean Claude Roob (LSAP), membres du conseil communal.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) préside la séance en l'absence du bourgmestre Nico Pundel (CSV). Pour la première fois, la séance est enregistrée en audio.

Elle note l'absence du conseiller Jean Claude Roob (LSAP) ainsi que l'absence du conseiller Marc Fischer (DP) qui donne procuration au conseiller Daniel Thein (DP).

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) informe les membres du conseil que l'usage du micro est désormais indispensable pour que les propos soient bien captés par l'enregistrement. Cette séance sert de test pour évaluer la qualité du dispositif.

1. Approbation du procès-verbal de la séance du conseil du 06.03.2025.

Le procès-verbal de la séance du 6 mars 2025 est approuvé et signé à l'unanimité.

2. Approbation du devis estimatif relatif à la rue des Carrefours.

L'ingénieur communal Rui Teixeira présente en détail le projet d'aménagement de la rue des Carrefours, notamment au niveau des carrefours avec la rue des Romains et la rue du Kiem. Le projet s'inscrit dans une démarche d'apaisement de la circulation, avec la mise en place d'une limitation de vitesse à 30 km/h sur un tronçon défini.

Pour garantir le respect de la limitation de vitesse, il est prévu de surélever deux carrefours à hauteur de 10 cm. Cela permettra de forcer les automobilistes à ralentir, tout en conservant une accessibilité fluide pour les cyclistes. Les chaussées resteront praticables durant les travaux grâce à une régulation par feux tricolores, et les trottoirs seront adaptés. Les places

de stationnement actuelles seront maintenues. L'ensemble du projet a été testé et validé par un bureau d'études, notamment en ce qui concerne le passage des véhicules lourds sur une chaussée ramenée à une largeur de 6 mètres.

Une discussion s'engage autour des effets secondaires potentiels de cette reconfiguration. La conseillère Lise Jørgensen (DP) demande des précisions sur l'emplacement exact des zones de stationnement.

Le conseiller Daniel Thein (DP) exprime des inquiétudes quant à l'entrée de la cité Piesch via la rue du Plébiscite, craignant des situations de blocage si un véhicule s'arrête pour sortir, empêchant l'autre de rentrer, ce qui pourrait avoir un effet de refoulement jusqu'à la route principale.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) reconnaît ce risque et mentionne des problèmes analogues rencontrés au Reckenthal. Rui Teixeira s'engage à réexaminer cette configuration.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) propose d'éloigner légèrement les passages pour piétons des carrefours afin d'améliorer la sécurité des usagers vulnérables. Rui Teixeira indique qu'une telle adaptation est envisageable, en décalant les îlots piétons pour éviter que les automobilistes ne se retrouvent à l'arrêt au milieu du carrefour.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) met en garde contre une perte de visibilité pour les conducteurs si les passages piétons sont trop reculés. Il insiste sur l'importance de concilier sécurité et clarté de la signalisation.

La conseillère Anne-Marie Linden (déi Gréng) suggère l'instauration de trottoirs traversants dans certaines zones, en particulier dans la rue du Plébiscite, où les véhicules perdraient ainsi la priorité en traversant le trottoir. Rui Teixeira reste réservé et indique que ce type d'intervention devra être étudié plus en profondeur, notamment pour des raisons de réglementation.

Le conseiller Daniel Thein (DP) soulève la possibilité d'installer un radar pédagogique, qui, selon lui, aurait un impact moindre sur la voirie tout en favorisant un changement de comportement des conducteurs. Cette option n'a pas encore été étudiée dans le cadre du projet, mais la discussion montre des divergences de points de vue : certains, comme le conseiller Paul Klensch (LSAP), s'opposent fermement à la multiplication des radars, la jugeant inefficace et punitive, et préfèrent des solutions structurelles durables telles que les zones 30 ou les zones de rencontre. D'autres, comme l'échevine Anne Arend (CSV), réaffirment que l'objectif principal reste de créer une zone 30 cohérente et sécurisée.

Le conseiller Laurent Braun (CSV) demande si la rue sera entièrement fermée pendant les travaux. Rui Teixeira précise que la circulation sera maintenue grâce à une régulation par feux rouges.

La conseillère Anne-Marie Linden (déi Gréng) revient sur la situation dans la rue de Reckenthal et demande si une approche similaire pourrait y être appliquée.

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) confirme que cela a été envisagé, mais souligne que la configuration est différente, notamment en raison de la faible densité d'habitations.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) relativise les besoins en aménagement en rappelant que la zone ne connaît pas un taux d'accidents élevé, tandis que l'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) insiste sur la fréquence des excès de vitesse, notamment à l'approche du feu rouge à l'entrée du village.

Concernant le financement du projet, le coût estimé s'élève à 1.300.000 €. Ce montant sera entièrement pris en charge par la commune. L'échevine Anne Arend (CSV) précise qu'une marge de sécurité a été incluse dans ce budget, et qu'on espère que les coûts réels resteront en dessous de cette estimation. En réponse à une suggestion du conseiller Paul Klensch (LSAP), l'idée d'organiser une campagne « speed marathon » en collaboration avec la police a été évoquée afin de mieux comprendre les comportements actuels des usagers de la route. L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) indique que les vitesses sont régulièrement contrôlées dans cette zone et que toute infraction constatée est transmise aux autorités compétentes.

Le devis ainsi que les plans correspondants sont adoptés à l'unanimité. Il est précisé que toute modification significative du projet fera l'objet d'une nouvelle présentation au conseil communal.

3. Approbation du devis estimatif relatif à la rénovation du chalet « Fräiheetsbam ».

L'ingénieur communal Rui Teixeira présente le projet de rénovation du chalet situé au « Fräiheetsbam ». Il explique que les travaux, qui ont déjà partiellement commencé avec la réfection de la toiture, visent à remettre entièrement à neuf l'intérieur et l'extérieur du bâtiment, tout en le rendant plus fonctionnel, économe en énergie et en accord avec le style rustique du site. La toiture, presque achevée, a été remplacée par des ardoises durables pour éviter les infiltrations. Le montant pour cette intervention s'élève à 72.700 € TTC.

Le devis global, estimé à 254.200 € TTC, comprend entre autres : l'isolation intérieure des murs extérieurs avec de la laine de bois, un nouveau plancher en bois massif, un bardage intérieur en bois de Douglas non déligné, une remise aux normes complète de l'électricité, un nouvel éclairage, des améliorations sanitaires, un comptoir en bois sur mesure avec rangements, l'installation d'un système de sonorisation, l'ajout d'un poêle à bois de type Bullerjan pour le chauffage, ainsi que la pose de dix nouvelles fenêtres à double vitrage en bois avec volets assortis. Une provision pour imprévus liés à l'augmentation des prix des matériaux est également incluse dans le devis.

Le conseiller Daniel Thein (DP) demande si les besoins des associations locales ont été pris en compte dans l'élaboration du projet. L'échevine Anne Arend (CSV) répond que, pour l'instant, seule la toiture a été réalisée en urgence et que les concertations avec les associations sont prévues dans une phase ultérieure. À la suite d'une autre question posée par le conseiller Daniel Thein (DP), l'échevine Anne Arend (CSV) a également précisé que le chalet pourra être loué à des tiers, moyennant une caution, y compris pour des événements externes.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) souligne que le lieu a été moins utilisé ces dernières années, mais qu'il conserve un potentiel important pour des manifestations locales.

Une discussion s'engage sur les finitions extérieures. Le bardage extérieur n'est pas inclus dans le projet actuel, mais pourrait être envisagé en fonction de son état. L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) précise que les dix fenêtres prévues seront remplacées et que, si d'autres interventions deviennent nécessaires, elles pourront être intégrées ultérieurement.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) rappelle que le chalet est situé en zone Natura 2000, ce qui implique une attention particulière. Il propose d'aménager un espace abrité de type terrasse fixe ou au moins un système d'ombrage comme un voile solaire, notamment pour les festivités estivales où des tentes sont souvent utilisées. L'échevine Welter-Gaul (LSAP) confirme que ce besoin a été exprimé par plusieurs communautés locales qui utilisent le site régulièrement.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) attire l'attention sur l'absence de toilettes accessibles aux personnes à mobilité réduite. Elle suggère l'intégration future d'un module sanitaire de plain-pied conforme au plan communal de l'inclusion, incluant une table à langer pour les jeunes enfants. Le secrétaire communal Christian Muller émet des réserves sur l'opportunité d'inclure cet élément dans le projet actuel, estimant qu'il vaudrait mieux en faire un projet séparé, ce qui permettrait également de solliciter des subsides spécifiques.

La conseillère Lise Jørgensen (DP) évoque la possibilité de réutiliser les anciens matériaux dans une logique d'économie circulaire. Rui Teixeira indique que peu d'éléments seront démolis et que la plupart des matériaux seront conservés.

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) souligne que d'autres projets communaux fonctionnent déjà selon ce principe et que, si du bois local peut être utilisé, cela sera fait en collaboration avec l'Administration forestière.

Le devis global de 254.200 € est approuvé à l'unanimité. Les aspects liés aux sanitaires accessibles seront examinés dans un projet complémentaire, à planifier

ultérieurement, en coordination avec les associations et les besoins spécifiques.

4. Confirmation de règlements temporaires sur la circulation.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) soumet au conseil communal l'approbation rétroactive de 11 règlements temporaires en matière de circulation, édictés par le collège échevinal dans le cadre de divers chantiers en cours ou à venir sur le territoire communal.

Les règlements sont approuvés à l'unanimité.

5. Approbation des concessions funéraires.

L'échevine Anne Arend (CSV) informe le conseil que, conformément au règlement communal adopté le 30 novembre 2022, toutes les concessions funéraires doivent désormais être formellement approuvées par le conseil communal. Cette procédure, bien qu'essentiellement pro forma, s'applique rétroactivement pour les concessions octroyées entre 2017 et 2024. À l'avenir, les concessions de l'année précédente seront soumises chaque année à la même période à l'approbation du conseil.

Elle souligne le travail rigoureux et très professionnel de la personne en charge du suivi des concessions au sein de l'administration. Cette dernière informe systématiquement les familles concernées lorsqu'une concession arrive à échéance et place un avis visible sur les sépultures restées sans réponse. Ce système fonctionne efficacement et permet une gestion transparente et proactive.

Actuellement, la commune dispose encore d'un nombre suffisant d'emplacements sur ses différents cimetières. Il reste notamment 60 concessions disponibles au cimetière principal. Il est également constaté que de plus en plus de citoyens optent pour le cimetière forestier (Bëschkierfecht), ce qui contribue à préserver la capacité dans les cimetières traditionnels.

Les concessions présentées sont approuvées à l'unanimité.

6. Formulation d'un avis préalable au plan d'action de lutte contre le bruit.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) ouvre la discussion sur le projet d'avis à transmettre au Ministère de l'Environnement concernant le plan d'action national de lutte contre le bruit. Elle rappelle que le conseil a déjà été consulté une première fois, mais que de nouveaux éléments ont entre-temps été ajoutés au document, lequel continue d'évoluer sans que des résultats concrets ne soient encore visibles. Elle exprime son scepticisme face à cette dynamique qui semble stagner, malgré un travail administratif permanent.

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) précise que la commune a déjà soumis un avis en 2006 et qu'il s'agit maintenant de la cinquième version de ce plan. Malgré des échanges répétés avec les autorités, aucune des mesures réclamées de longue date – telles que l'abaissement de la vitesse à 90 km/h sur l'autoroute A6, l'installation de parois antibruit ou la couverture de la section entre le Cactus et la rue du Kiem – n'a été prise en compte jusqu'ici. Elle évoque notamment le projet de réfection du viaduc au-dessus du Gaaschgronn, que la commune juge contre-productif car générateur de nuisances supplémentaires, mais qui continue néanmoins à être traité comme un projet « exemplaire » par les autorités.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) remercie le secrétaire communal Christian Muller pour la coordination du dossier et regrette que la situation ne progresse pas, malgré les nombreuses remarques faites au fil des années. Elle souligne la gravité croissante du problème : les nuisances sonores, combinées à une pollution de l'air de plus en plus marquée, ont conduit certains habitants à envisager de quitter la commune. Elle appelle à une réaction plus ferme, à élever la voix, et propose même une nouvelle pétition pour remettre le sujet au centre des préoccupations politiques. Elle critique aussi le manque de réceptivité du Ministère.

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) ajoute que, malgré une demande formelle, la commune n'a pas obtenu de rendez-vous avec la Ministre de l'Environnement. Selon elle, les principales nuisances sont liées au trafic automobile, et même si de nombreuses études ont été menées, les démarches se répètent sans aboutir. Elle explique que des bureaux d'études sont à nouveau venus consulter les communes, repartant comme à chaque fois « de zéro ».

Le conseiller Tun Gierenz (CSV) insiste sur le fait que les responsabilités en matière de bruit lié à la circulation routière relèvent en priorité du Ministère des Transports et non de celui de l'Environnement. Il appelle à une action plus ciblée auprès du bon interlocuteur ministériel, estimant qu'il est peu sérieux que les doléances locales restent sans réponse.

Le secrétaire communal Christian Muller précise que jusqu'à présent, les demandes de la commune avaient été adressées au Ministère de la Mobilité, où elles sont restées sans effet. Il estime que ce nouveau contact avec le Ministère de l'Environnement pourrait ouvrir une autre voie, notamment en examinant les possibilités d'une démarche juridique à visée symbolique.

En conclusion, le conseil communal décide à l'unanimité de transmettre l'avis actualisé au Ministère, en l'accompagnant d'un courrier formel, dans l'espoir qu'un dialogue plus fructueux puisse enfin s'engager.

7. Approbation de plusieurs contrats relatifs aux jardins communaux.

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) informe le conseil communal sur six nouveaux contrats pour l'attribution de parcelles dans les jardins communaux, permettant ainsi le lancement de la nouvelle saison de jardinage. Un des contrats concerne une parcelle plus grande, les cinq autres des parcelles de taille standard. Elle précise qu'une partie du jardin communal adjacent a déjà été aménagée et que quelques nouveaux jardiniers se sont d'ores et déjà manifestés. Les contrats des nouvelles parcelles seront votés lors d'un prochain conseil communal.

Ces six contrats sont approuvés à l'unanimité.

8. Approbation de la convention AKTIV PLUS pour l'année 2025.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) rappelle que le programme AKTIV PLUS, anciennement connu sous le nom de Club Senior, a changé d'appellation en mars de l'année précédente. La convention annuelle avec le Ministère de la Famille, Sodexo Luxembourg S.A. et la commune de Strassen est reconduite pour 2025.

L'équipe encadrante est composée de Patricia Petruccioli, chargée de direction, de Carmen Reuland, éducatrice (également remplaçante de la direction), et de Danielle Gottal, secrétaire. Le programme d'activités de l'année écoulée comprend notamment des promenades, du « line dance », des discussions en groupe, de la gymnastique douce, du tricot, des jeux de société, de la pétanque ainsi que 21 « Mëttesdëscher » (repas communautaires), réunissant 1 048 participations au total. 80 anniversaires ont également été célébrés.

Le groupe a organisé une tombola et un stand au marché de Noël, récoltant 1 700 € de dons. Ils ont aussi participé à l'initiative « Musek bréngt Liewen », visant à apporter de la musique aux personnes exclues de la vie culturelle. Deux échanges culinaires ont eu lieu avec des membres de la communauté ukrainienne. Des conférences, ateliers, voyages et une bourse d'échange de puzzles ont également été organisés.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) souligne l'importance de telles initiatives pour lutter contre l'isolement des personnes âgées, saluant les efforts constants de la commune.

La convention est approuvée à l'unanimité.

9. Décision dans le cadre d'une modification budgétaire ponctuelle de l'Office Social.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) informe le conseil que l'Office social de la commune a reçu une subvention exceptionnelle de 27 000 € de la part de l'Œuvre Grande-Duchesse Charlotte pour financer le projet « D'Stuff ». Afin de permettre une gestion claire et transparente des fonds, une modification ponctuelle du budget a été effectuée. Cette modification permet d'introduire une ligne de recettes dédiée au subside ainsi qu'une ligne de dépenses spécifiquement allouée au projet.

Le projet « D'Stuff » est un espace communautaire destiné à accompagner les femmes vulnérables vivant à Strassen. Centré sur le bien-être et la solidarité, il propose des ateliers pratiques tels que la couture ou la coiffure, ainsi que des formations encadrées par des professionnels, permettant aux participantes de se former et d'entamer une transition vers le monde du travail.

La décision est adoptée à l'unanimité.

10. Urbanisme :

a) Décision portant sur deux demandes de lotissement

La première demande concerne un terrain situé rue du Bois, qui se présente sous la forme d'une longue bande verte à l'arrière des parcelles existantes. Ce terrain, un ancien verger avec de vieux arbres encore présents, doit être divisé en trois parties. Une seule de ces trois sections, la plus en amont, sera constructible et destinée à accueillir une nouvelle maison avec un jardin allongé. Les deux autres parties, situées à l'arrière d'habitations existantes, pourraient être proposées aux riverains afin d'agrandir leurs jardins respectifs.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) rappelle le potentiel d'intérêt pour les riverains qui souhaitent agrandir leur propriété et souligne le caractère végétalisé du site. Toutefois, l'échevine Anne Arend (CSV) précise qu'il s'agit de terrains privés sans servitude d'accès pour les deux lots inférieurs, ce qui rend toute construction impossible sur ces parties. Elle évoque une discussion de longue date sur ce sujet et indique avoir été sollicitée quant à l'éventualité de créer un jardin communautaire. La demande est adoptée à l'unanimité.

La seconde demande porte sur la régularisation d'un trottoir situé rue Mathias Saur, qui doit être officiellement divisé en trois parcelles cadastrales distinctes. Cette démarche est nécessaire pour permettre une cession gratuite ultérieure à la commune et permettre l'obtention d'une autorisation de bâtir. La demande est également acceptée à l'unanimité.

11. Présentation des résultats de l'évaluation du Pacte Climat.

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) présente les résultats de l'audit du Pacte Climat : alors qu'un minimum de 40 % était requis pour obtenir une certification, la commune a atteint un score de 52,8 %, ce qui lui permet d'obtenir directement la certification bronze. Cette reconnaissance s'accompagne d'un subside de 22,50 € par habitant, soit un montant total d'environ 225 000 €, versé pendant trois ans ou jusqu'au prochain audit. Elle précise que ces résultats sont déjà détaillés dans le magazine communal.

Le conseiller Daniel Thein (DP) relève cependant une difficulté de lisibilité et de compréhension du diagramme publié dans le magazine, notamment en ce qui concerne la signification exacte de certaines valeurs. L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) répond que ces éléments pourront être mieux expliqués ou clarifiés.

Le conseiller Daniel Thein (DP) insiste également sur l'importance de communiquer un suivi régulier des résultats du Pacte Climat à la population afin de montrer l'évolution des efforts de la commune dans le temps.

12. Divers.

L'échevine Anne Arend (CSV) informe que la crèche « Am Pescher » fête son 10e anniversaire le 3 mai. L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) annonce que l'exposition itinérante « Women in Sports », consacrée aux femmes dans le sport, s'installe dans le bâtiment communal de Strassen du 6 au 19 mai. Un vernissage est prévu le 6 mai.

Le conseiller Laurent Braun (CSV) attire l'attention sur les embouteillages importants causés par les travaux à l'entrée de l'autoroute, sur la route d'Arlon. L'ingénieur communal Rui Teixeira précise que le chantier doit s'achever entre fin mai et début juin.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) note que les toitures blanches des pavillons du parc Riedgen sont très sales et demande qu'un nettoyage soit prévu. Elle souligne également que le plan pluriannuel de financement aurait dû être prêt pour février.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) revient sur la collaboration avec l'entreprise Dussmann, chargée de la surveillance. Elle souligne que ce service, bien que coûteux, s'est révélé utile. La fin de cette collaboration est prévue ce mois-ci. Elle propose de reporter l'achat de caméras et d'envisager une prolongation ponctuelle du gardiennage nocturne.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) évoque l'initiative visant à récompenser les plus beaux jardins et parcs.

Il se réjouit de la belle couverture médiatique dont bénéficie le parc Riedgen. Il aborde également un problème récurrent sur la route d'Arlon : les dépôts de déchets sauvages, notamment autour des arrêts de bus et des commerces. Il mentionne la présence massive de mégots de cigarette au sol et appelle à des mesures concrètes, comme l'installation de cendriers et d'infrastructures adaptées pour les fumeurs.

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) confirme que la commune est en train de remplacer certaines poubelles. Elle indique que des actions de sensibilisation sont prévues, notamment via le magazine communal, pour encourager les comportements responsables.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) signale que le « Skatepark » pose un problème : la musique y est parfois trop forte et la cohabitation entre jeunes enfants et adolescents ne se passe pas toujours bien. L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) explique que des cours encadrés pour enfants dès l'âge de 10 ans vont être proposés et que des règles claires seront affichées, comme c'est déjà le cas pour le Outdoor fitness .

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) mentionne également un arbre situé à proximité, dont l'état pourrait représenter un danger ; l'architecte de la commune est chargé d'évaluer la situation.

Le conseiller Daniel Thein (DP) soulève un autre problème : les toilettes publiques proches de l'église sont fermées le soir, sans qu'aucune indication n'informe les usagers. Il propose l'ajout d'une signalisation claire avec les horaires d'ouverture. Il aborde aussi les tensions observées à la « Cité Schoenacht », où deux buts de football sont situés près du parc à chiens. Il suggère d'installer un balisage afin de mieux délimiter les espaces et d'éviter les conflits entre les enfants qui jouent au ballon et les propriétaires de chiens.

Le conseil rappelle que, conformément au règlement communal, les chiens doivent obligatoirement être tenus en laisse sur l'ensemble du territoire de la commune. Plusieurs élus notent que ce règlement est souvent ignoré. Ils proposent d'intensifier les rappels via les tableaux d'affichage électroniques, les réseaux sociaux, le magazine communal et la brochure de bonnes pratiques. Bien que des panneaux soient déjà en place, certains propriétaires continuent à laisser leurs chiens circuler librement, ce qui entraîne des situations de tension croissantes dans les lieux publics.

13. Affaires de personnel :

a) Création d'un poste de salarié à tâche manuelle dans la carrière H1

Dans le cadre des affaires de personnel, le conseil communal décide de créer un poste de salarié à tâche manuelle dans la carrière H1. L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) explique que ce poste est destiné à une personne de plus de 50 ans, ce qui permet à la commune de bénéficier d'un subside étatique. La personne engagée viendrait renforcer l'équipe active au « Haff A Schmatts », notamment pour s'occuper de des projets « Givebox » et « Gutt Geschier ». Bien que le salarié actuellement en poste assure déjà certaines tâches à mi-temps, la charge de travail reste trop importante pour être couverte avec les ressources actuelles.

Cette création de poste est approuvée à l'unanimité.

b) Décision portant sur une demande de départ à la retraite (huis clos)

Lors de la séance à huis clos, les conseillers discutent une demande de départ à la retraite.

14. Décision dans le cadre d'une acquisition de terrain. (huis clos).

Également en séance non publique, les conseillers décident sur l'acquisition d'un terrain.

EN

Meeting of the Municipal Council of 03 April 2025

AGENDA

1. **Approval of the minutes of the Council meeting of 6 March 2025.**
2. **Approval of the estimate for Rue des Carrefours.**
3. **Approval of the estimate for the renovation of the "Fräiheetsbam" chalet.**
4. **Confirmation of temporary traffic regulations.**
5. **Approval of funeral concessions.**
6. **Formulation of a preliminary opinion concerning the noise abatement action plan.**
7. **Approval of several contracts relating to communal gardens.**
8. **Approval of the AKTIV PLUS agreement for 2025.**
9. **Decision on a one-off budget amendment for the Social Office.**
10. **Urban planning:**
    a) **Decision on two subdivision applications**
11. **Presentation of the results of the evaluation of the Climate Pact.**
12. **Any other business.**
13. **Staff matters:**
    a) **Creation of an H1 grade manual labour position**
    b) **Decision on a request for retirement (in camera)**
14. **Decision to acquire land (in camera).**

PRESENT

Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP); Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), alderwomen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Tun Gierenz (CSV); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi Gréng); Lise Jørgensen (DP); Nicolas Kandel (DP); Daniel Thein (DP), members of the Municipal Council. Secretary: Christian Muller.

EXCUSED

Nicolas Pundel (CSV); Marc Fischer (DP); Jean Claude Roob (LSAP), members of the Municipal Council.

Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) chaired the meeting in the absence of Mayor Nico Pundel (CSV). The meeting was audio recorded for the first time.

She noted the absence of Councillor Jean Claude Roob (LSAP), as well as that of Councillor Marc Fischer (DP), who had given his proxy to Councillor Daniel Thein (DP).

Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) informed the councillors that as of this date, the use of a microphone during meetings was essential to ensure that all statements could be recorded properly. This meeting would serve as a test run to assess the quality of the recording system.

1. Approval of the minutes of the Council meeting of 6 March 2025.

The minutes of the meeting of 6 March 2025 were unanimously approved and signed off.

2. Approval of the estimate for Rue des Carrefours.

Municipal engineer Rui Teixeira gave a detailed presentation of the proposed development project for Rue des Carrefours, namely for its junctions with Rue des Romains and Rue du Kiem. The project was part of a traffic calming initiative, with the introduction of a 30 km/h speed limit on a specific stretch of the road.

To ensure compliance with the speed limit, the plan involved raising two junctions by 10 cm, which would force motorists to slow down while allowing cyclists to maintain their momentum. The roads would remain open to circulation during the works thanks to traffic lights and the pavements would be modified. The existing parking spaces would be maintained. The entire project had been tested and validated by an engineering consulting firm, particularly with regard to the passage of heavy vehicles on a carriageway that would be reduced to a width of 6 metres.

There was a discussion about the potential impact of this reconfiguration. Councillor Lise Jørgensen (DP)

asked for clarification on the exact location of the parking zones.

Councillor Daniel Thein (DP) expressed concern about the entrance to the Cité Piesch via Rue du Plébiscite, fearing that when vehicles stopped in order to exit, others would be prevented from entering, resulting in potential backups extending all the way to the main road.

Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) acknowledged this possible problem and mentioned similar issues at Reckenthal. Mr Rui Teixeira responded that he would reconsider the design.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) proposed moving the pedestrian crossings slightly further away from the junctions to improve the safety of vulnerable road users. Mr Rui Teixeira said this could be done by moving the pedestrian islands further away to prevent motorists from coming to a halt in the middle of the junction.

Councillor Paul Klensch (LSAP) said that drivers would lose visibility if the pedestrian crossings were set too far back. He stressed the importance of ensuring safety with clear signage.

Councillor Anne-Marie Linden (déi Gréng) suggested the introduction of continuous pavements in certain areas, such as on Rue du Plébiscite, where vehicles would lose priority when crossing the pavements. Mr Rui Teixeira remained cautious in his response, saying that this possibility would have to be studied in greater depth, particularly for regulatory reasons.

Councillor Daniel Thein (DP) mentioned the option of installing a camera-based speed information system, which he felt would have little impact on the road network while encouraging drivers to reduce their speed. This option had not yet been studied in the context of the project, but the discussion on the matter revealed differing opinions. Some, including Councillor Paul Klensch (LSAP), were firmly opposed to increasing the number of speed cameras, deeming them ineffective and punitive, and favoured sustainable structural solutions such as 30 km/h zones or coexistence zones. Others, such as Alderwoman Anne Arend (CSV), highlighted the fact that the main objective was to create a coherent and safe 30 km/h zone.

Councillor Laurent Braun (CSV) asked whether the entire street would be closed during the works. Mr Rui Teixeira explained that traffic would be kept moving by means of traffic lights.

Councillor Anne-Marie Linden (déi Gréng) mentioned the situation in Rue de Reckenthal, asking whether a similar approach could be applied there.

Alderwoman Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) confirmed that this had been considered, but pointed out that the configuration at that location was different, mainly in view of the low density of housing.

Councillor Nicolas Kandel (DP) put the need for improvements into perspective, pointing out that the accident rate in the area was not high. Alderwoman Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), on the other hand, stressed the fact that speeding was common, particularly when vehicles approached the traffic lights at the entrance of the town.

The estimated cost of the project was 1,300,000 EUR, and the full amount would be borne by the municipality. Alderwoman Anne Arend (CSV) pointed out that a safety margin had been included in this budget, adding that they hoped that the actual cost of the project would be lower than that. In response to a suggestion from Councillor Paul Klensch (LSAP), the idea of organising a “speed marathon” campaign in collaboration with the police was raised in order to gain a better understanding of current road user behaviour. Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) pointed out that vehicle speeds were monitored regularly in the area and that information concerning offences were passed on to the relevant authorities.

The estimate and corresponding plans were unanimously approved. Any significant changes to the project would be presented to the Municipal Council.

3. Approval of the estimate for the renovation of the “Fräiheetsbam” chalet.

Municipal engineer Rui Teixeira presented the renovation

project for the “Fräiheetsbam” chalet. The work had already begun with the re-roofing, and the aim was to completely refurbish both the interior and exterior of the building to make it more functional, energy-efficient and in keeping with the site’s rustic style. Durable slate had been placed on the roof to prevent infiltrations, and this task was practically finished. The cost was 72,700 EUR (incl. tax).

The overall estimate, estimated at 254,200 EUR (incl. tax), covered the cost of the interior insulation of the outside walls with wood wool, a new solid wood floor, interior unedged Douglas fir cladding, a complete electrical upgrade, new lighting, sanitary improvements, a bespoke wooden counter with storage, the installation of a sound system, the addition of a Bullerjan-type wood-burning stove for heating, and the installation of ten new double-glazed wooden windows with matching shutters. The estimate also included a contingency provision for increases in the price of materials.

Councillor Daniel Thein (DP) asked whether the needs of local associations had been taken into account in the project. Alderwoman Anne Arend (CSV) replied that, for the time being, only the roof had been installed because it was urgent, and that consultations with the associations were planned at a later stage. Following another question from Councillor Daniel Thein (DP), Alderwoman Anne Arend (CSV) also explained that the chalet could be rented out to third parties, including for external events. In such cases, a deposit would have to be put down.

Councillor Nicolas Kandel (DP) pointed out that the venue had been used less in recent years, but that it still had great potential for local events.

There was a discussion about the exterior finishes. External cladding was not included in the current project, but could be considered depending on its condition. Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that the ten windows would be replaced, and that if any other work was deemed necessary, it could be planned at a later date.

Councillor Paul Klensch (LSAP) pointed out that the chalet was located in a Natura 2000 area, meaning that it required special attention. He suggested providing a sheltered area such as a fixed terrace or at least a shading system such as a shade sail, particularly for summer festivities for which tents were often used. Alderwoman Welter-Gaul (LSAP) confirmed that several local communities who used the site regularly had voiced this need.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) drew attention to the lack of accessible toilets for people with reduced mobility. She suggested the future inclusion of a level WC module in line with the municipal inclusion plan, including a changing table for young children. Municipal Secretary Christian Muller expressed his reservations about the inclusion of that element in the current project. In his opinion, it would be better to make it a separate project, which would also make it possible to apply for specific subsidies.

Councillor Lise Jørgensen (DP) mentioned the possibility of reusing old materials in a circular economy mindset. Mr Rui Teixeira pointed out that little would be demolished, and that most of the existing materials would be retained.

Alderwoman Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) said that other municipal projects were already operating according to this principle, and that if local wood could be used, this would be organised in collaboration with the Forestry Administration.

The overall estimate of 254,200 EUR was unanimously approved. Aspects relating to accessible bathroom facilities would be examined in a complementary project, for which planning would take place at a later time in coordination with the associations and other specific needs.

4. Confirmation of temporary traffic regulations.

Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) submitted 11 temporary traffic regulations issued by the College of Aldermen in connection with various current or future works in the municipality for retroactive approval.

The temporary traffic regulations were unanimously approved.

5. Approval of funeral concessions.

Alderwoman Anne Arend (CSV) informed the councillors that, in accordance with the municipal regulations adopted on 30 November 2022, all funeral concessions had to be formally approved by the Municipal Council. This procedure, although it was in essence pro forma, applied retrospectively to concessions granted between 2017 and 2024. In future, the previous year's concessions would be submitted to the Council for approval at the same time each year.

She underscored the meticulous and highly professional work done by the person in charge of monitoring these concessions within the administration. This person systematically informed the families concerned whenever a plot was about to expire and placed a visible notice on graves for which no response had been given. This system was efficient and allowed transparent and proactive management.

At present, the municipality still had sufficient plots available in its various cemeteries. For instance, there were still 60 plots available at the main cemetery. It had also been noted that an increasing number of residents were opting for the forest cemetery ("Bëschkierfecht"), which was reducing demand for spaces in the traditional cemeteries.

The concessions presented were unanimously approved.

6. Formulation of a preliminary opinion concerning the noise abatement action plan.

Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) opened the discussion on the draft opinion concerning the national noise abatement action plan and which would be sent to the Ministry of the Environment. She pointed out that the Council had already been consulted once, but that in the meantime new elements had been added to the plan, which continued to evolve without any concrete results yet being visible. She was sceptical about the fact that despite continual administrative work, the project seemed to be stagnating.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) explained that the municipality had already submitted an opinion in 2006, and that this was now the fifth version of the plan. Despite repeated exchanges with the authorities, none of the measures that had long been called for (such as lowering the speed limit to 90 km/h on the A6 motorway, installing noise barriers or covering the section between the Cactus supermarket and Rue du Kiem) had been taken into account. She referred specifically to the plans to repair the viaduct over the Gaaschgronn, which the municipality considered to be counter-productive because it would generate additional noise, but which nevertheless continued to be treated as an "exemplary" project by the authorities.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) thanked Municipal Secretary Christian Muller for his coordination work on the file. She was saddened by the fact the situation was not improving despite the many comments made over the years. She emphasised the growing seriousness of the problem: noise pollution, combined with increasing air pollution, had led some residents to consider leaving the municipality. She called for a firmer stance, urging the councillors to raise their voices, and even proposed a new petition to put the issue back on the political agenda. She was also critical of the Ministry's lack of responsiveness.

Councillor Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) added that, despite a formal request, the municipality had not managed to schedule a meeting with the Minister for the Environment. In her view, motorised traffic was the main culprit of noise pollution, and even though numerous studies had been carried out, they had not led to concrete results. She explained that consultancy firms had once again come to consult the municipalities, "starting from scratch" every time.

Councillor Tun Gierenz (CSV) insisted that it was the Ministry of Transport and not the Ministry of the Environment that was primarily responsible for matters relating to road traffic noise. He called for more targeted action with the correct spokesperson at the Ministry. In his opinion, it was not correct that local grievances should go unanswered.

Municipal Secretary Christian Muller stated that until present, the municipality's requests had been addressed to the Ministry of Mobility - to no avail. He thought that the fact contact had now been made with the Ministry of the Environment could open up another avenue, in particular by examining the possibilities of adopting a symbolic legal approach.

In conclusion, the Municipal Council unanimously decided to forward the updated opinion to the Ministry together with a formal letter, in the hope that it would finally pave the way to a more productive dialogue.

7. Approval of several contracts relating to communal gardens.

Alderwoman Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) informed the Municipal Council of six new contracts for the allocation of plots in the communal gardens, enabling the launch of the new gardening season. One of the contracts was for a larger plot, while the other five were for standard-sized plots. She pointed out that part of the adjacent communal garden had already been laid out, and that a number of new gardeners had already applied. The contracts for the new plots would be voted on at a forthcoming Municipal Council meeting.

The six contracts were unanimously approved.

8. Approval of the AKTIV PLUS agreement for 2025.

Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) announced that the AKTIV PLUS programme, formerly known as the Senior Club, had changed its name in March of the previous year. The annual agreement with the Ministry of Family Affairs, Sodexo Luxembourg S.A. and the municipality of Strassen had been renewed for 2025.

The team was composed of Ms Patricia Petruccioli, manager, Ms Carmen Reuland, educator (also deputy manager), and Ms Danielle Gottal, secretary. The former year's activity programme included walks, line dancing, group discussions, gentle gymnastics, knitting, board games, pétanque and 21 "Mëttesdëscher" (community meals), with a total of 1,048 participants. 80 birthdays were also celebrated.

The group organised a raffle and had a stall at the Christmas market, raising 1,700 EUR in donations. They also took part in the "Musek bréngt Liewen" initiative, which aimed to provide music to people unable to participate in the cultural scene. Two culinary exchanges took place with members of the Ukrainian community. Conferences, workshops, trips and a puzzle swap were also organised.

Councillor Paul Klensch (LSAP) stressed the importance of such initiatives to combat the isolation of the elderly, and praised the ongoing efforts of the municipal authority.

The agreement was unanimously approved.

9. Decision on a one-off budget amendment for the Social Office.

Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) informed the Council that the municipal Social Office had received an exceptional grant of 27,000 EUR from the "Œuvre Grande-Duchesse Charlotte" to finance the "D'Stuff" project. In order to ensure the clear and transparent management of the funds, a one-off amendment to the budget had been made. This amendment introduced an income line dedicated to the subsidy and an expenditure line specifically allocated to the project.

"D'Stuff" was a community space designed to support vulnerable women living in Strassen. Centred on well-being and solidarity, it offered practical workshops such as sewing and hairdressing, as well as training courses run by professionals, enabling the participants to learn new skills and integrate the labour market.

The decision was adopted unanimously.

10. Urban planning:

a) Decision on two subdivision applications

The first application concerned a plot of land in Rue du Bois. It was a long green strip at the rear of the existing plots. The plot was a former orchard with old trees which were still standing and it was going to be divided into three sections. Only one of these three sections, the furthest upstream, was suitable for building and would be used to construct a new house with an extended garden. The other two sections, located to the rear of existing houses, could be offered to local residents to extend their respective gardens.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) said that local residents may want to extend their properties, and emphasised the fact these were green plots. However, Alderwoman Anne Arend (CSV) responded that the

land in question was privately owned, with no access easement for the two lower plots, making it impossible to build there. She referred to a long-standing discussion on the subject and said that she had been asked about the possibility of creating a community garden. The request was approved unanimously.

The second request related to the refurbishment of a pavement on Rue Mathias Saur, which needed to be officially divided into three separate cadastral parcels. This was necessary to allow the pavement to be transferred to the municipality free of charge at a later date and for the issuance of a planning permission. This request was also unanimously approved.

11. Presentation of the results of the evaluation of the Climate Pact.

Alderwoman Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) presented the results of the Climate Pact audit: a minimum of 40% was required to obtain certification, and the municipality had achieved a score of 52.8%, so it was directly awarded bronze certification. This recognition was accompanied by a subsidy of 22.50 EUR per inhabitant, i.e. a total of around 225,000 EUR, paid for three years or until the next audit. These results had already been published in detail in the municipal magazine.

Councillor Daniel Thein (DP) noted, however, that the diagram published in the magazine was difficult to read and understand, particularly with regard to the exact meaning of certain figures. Alderwoman Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) replied that these points could be better explained or clarified.

Councillor Daniel Thein (DP) also stressed the importance of communicating the results of the Climate Pact to the public on a regular basis, in order to show the evolution of the municipality's efforts over time.

12. Any other business.

Alderwoman Anne Arend (CSV) announced that the "Am Pescher" crèche would be celebrating its 10th anniversary on 3 May. Alderwoman Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) announced that the travelling exhibition "Women in Sports" would be on display in the Strassen municipal building from 6 to 19 May. A vernissage was scheduled for 6 May.

Councillor Laurent Braun (CSV) drew attention to the major traffic jams caused by the works at the motorway entrance on Route d'Arlon. Municipal engineer Rui Teixeira explained that the works were due to be completed between the end of May and the beginning of June.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) noted that the white roofs of the pavilions in Riedgen Park were very dirty and asked that they be cleaned. She added that the multi-year financing plan should have been ready by February.

Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) spoke about the collaboration with Dussmann, the company responsible for security. She emphasised that this service, although costly, had proved useful. The contract was due to end that month. She suggested postponing the purchase of cameras and considering a one-off extension of night-time security.

Councillor Paul Klensch (LSAP) spoke about the initiative to reward the most beautiful gardens and parks. He was delighted with the media coverage of Riedgen Park. He also raised the recurring litter problem on Route d'Arlon. It was particularly bad around bus stops and shops. He mentioned the large number of cigarette butts on the ground and called for concrete measures to be taken, such as the installation of ashtrays and adapted infrastructures for smokers.

Alderwoman Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) confirmed that the municipality was in the process of replacing some of the bins. She indicated that awareness-raising campaigns to encourage more responsible behaviour were planned, in particular via the municipal magazine.

Councillor Nicolas Kandel (DP) mentioned some problems at the skatepark: the music was sometimes too loud and young children and teenagers did not always get on well. Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that supervised lessons for children aged 10 and over would be offered, and clear rules

would be displayed, as was already the case for outdoor fitness site.

Councillor Nicolas Kandel (DP) also commented on a nearby tree which may be dangerous. The municipal architect had been asked to assess the situation.

Councillor Daniel Thein (DP) brought up another problem: the public toilets near the church were closed in the evenings, with no sign informing users thereof. He suggested putting up a notice with the opening times. He also said that there were problems at the Cité Schoenacht, where two football goals were located near the dog park. He suggested installing markers to better demarcate the areas and prevent conflicts between children playing ball and dog owners.

The Council recalled that, in accordance with the municipal by-laws, dogs had to be kept on a lead in the municipality. Several councillors said that this regulation was often ignored. They suggested that reminders be issued in the form of electronic notice boards, social networks, and in the municipal magazine and the good practice brochure. Although there were already signs, some owners did not keep their dogs on a lead, and there was an increase in disturbances in public places.

13. Staff matters:

a) Creation of an H1 grade manual labour position

As part of its personnel policy, the Municipal Council had decided to create an H1 grade manual labour position. Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) explained that this position was intended for a person aged over 50, which would enable the municipality to benefit from a state subsidy. The person hired would strengthen the team working at “Haff A Schmatts”, in particular to look after the “Givebox” and “Gutt Geschier” projects. Although the current employee was already carrying out certain tasks on a part-time basis, the workload was too great for that individual alone.

This new post was approved unanimously.

b) Decision on a request for retirement (in camera)
During the in camera session, the councillors discussed an application for retirement.

14. Decision to acquire land (in camera).

In a closed meeting, the councillors decided on the acquisition of a plot of land.

COMMUNE DE
Strassen